RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT, GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Innenausschusses
Herrn Michael Hüttner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 5374
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

17. **September 2019**

Mein Aktenzeichen	**Ihr Schreiben vom**	**Ansprechpartner/-in / E-Mail**	**Telefon / Fax**
PuK		Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	06131 16-2415 06131 1617-2415

44. Sitzung des Innenausschusses am 4. September 2019
hier: TOP 12
Cyberangriffe auf die rheinland-pfälzische Infrastruktur
Antrag der Fraktion der FDP, Vorlage 17/5138

TOP 19
Bundesweit einmalige Hacker-Attacke auf Klinikverbund in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 17/5159

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

in der Sitzung des Innenausschusses am 4. September 2019 wurden die oben genannten Tagesordnungspunkte mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Der Angriff auf die IT der Krankenhäuser und weiterer Einrichtungen der DRK Trägergesellschaft Süd-West mit zahlreichen betroffenen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz, fand in der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 2019 statt und war am Morgen des 14. Juli 2019 bemerkt worden. Das komplette Netzwerk des Verbundes war von einer Schadsoftware befallen, die Server und Datenbanken verschlüsselte.

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375

sozial AKTIV für Rheinland-Pfalz

Die Verschlüsselung konnte bis zum frühen Nachmittag gestoppt werden. Die Server wurden aus Sicherheitsgründen vom Netz genommen. Die betroffenen Krankenhäuser hatten zeitweise keinen Zugriff auf die Daten, konnten die IT-Systeme nicht nutzen und mussten auf Stift und Papier ausweichen. Sie hatten keinen Zugang zum Internet und waren nicht per Mail, sondern nur noch per Telefon oder Fax, erreichbar.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wurde am Abend des 14. Juli 2019 und damit sehr schnell über das Lagezentrum des Innenministeriums über den Hackerangriff informiert. Am Montag, den 15. Juli 2019, hat die DRK-Trägergesellschaft unter anderem den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit über den Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Der Landesbeauftragte hat bestätigt, dass eine rechtzeitige Meldung des Vorfalls erfolgt ist. Auch die Presse wurde informiert. Im weiteren Verlauf wurden der Hersteller des Krankenhaus-Informationssystems und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik eingeschaltet, das am 19. Juli 2019 mit einem Team auch vor Ort in Neuwied war.

Bis zum 20. Juli 2019 konnte der Regelbetrieb in den Krankenhäusern zu großen Teilen wiederhergestellt werden. Alle Standorte waren bis zum 22. Juli 2019 wieder am Netz und konnten das Krankenhaus-Informationssystem wieder nutzen.

Es konnte noch nicht geklärt werden, auf welchem Wege der Virus erstmalig Zugang zum IT-System erhalten hat. Verbreitet wurde dieser nach Angaben der DRK-Trägergesellschaft über ein Dienstkonto in Mainz, das vor rund 10 Jahren angelegt wurde. Dieses konnte am 16. Juli 2019 identifiziert und deaktiviert werden. Eine Lösegeldforderung wurde erhoben. Dieser ist man aber nicht nachgekommen. Es wurde ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Koblenz eingeleitet.

Patientendaten sind nach Angaben der Trägergesellschaft nicht abgeflossen.

Nach Mitteilung der Trägergesellschaft war auch die Patientenversorgung infolge des Angriffs auf die IT nicht gefährdet.

Gleichwohl handelte es sich bei dem Vorfall um die bislang umfassendste und schwerwiegendste Attacke von Hackern auf Einrichtungen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz.

Daher hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie diesen Vorfall zum Anlass genommen, die für Fragen der IT-Sicherheit in Krankenhäusern maßgeblichen Institutionen kurzfristig zu einem Runden Tisch einzuladen, darunter neben Vertretern aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums und der DRK-Trägergesellschaft insbesondere

- das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik,
- den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,
- die rheinland-pfälzische und die Deutsche Krankenhausgesellschaft sowie den Verband der Krankenhausdirektoren und
- den Bundesverband der Krankenhaus-IT-Leiterinnen und -Leiter der Krankenhäuser.

Der Runde Tisch IT-Sicherheit Krankenhäuser fand am 14. August 2019 im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie statt. Generell ging es um die Frage, wie derartigen Vorfällen noch besser präventiv entgegengewirkt werden kann oder ihre Folgen eingedämmt werden können. Dazu sollten Lehren aus dem aktuellen Angriff gezogen werden, um anschließend den Blick auf die generelle Lage der IT-Sicherheit in den Krankenhäusern zu richten. Bei Krankenhäusern sind derartige Angriffe besonders problematisch, weil die Versorgung - ja das Leben - der Patientinnen und Patienten gefährdet sein kann und es um sensible Patientendaten geht.

Eine Erkenntnis aus dem Runden Tisch war, dass die Informationsweitergabe und die Zusammenarbeit der Beteiligten in diesem konkreten Fall gut funktioniert haben.

Die zunehmende Digitalisierung in den Krankenhäusern erfordere aber weitere Anstrengungen, um derartigen Angriffen, die immer professioneller werden, vorzubeugen oder ihre schädlichen Auswirkungen zu begrenzen. Von zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde vor diesem Hintergrund darauf aufmerksam gemacht, dass erhöhte Investitionen in die IT-Sicherheit und entsprechend qualifiziertes Fachpersonal erforderlich seien, die notwendigen Finanzmittel im derzeitigen Finanzierungssystem aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stünden.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat dem Runden Tisch habe ich daher ein Sofortprogramm Bund zur Verbesserung der IT-Sicherheit in den Krankenhäusern vorgeschlagen. Kern des Sofortprogramms soll es sein, die Mittel des Krankenhausstrukturfonds für Investitionen in die IT-Sicherheit auf alle Krankenhäuser auszuweiten. Bislang ist Voraussetzung für eine Förderung entsprechender Investitionen, dass die Krankenhäuser als „Kritische Infrastruktur" jährlich mehr als 30.000 Behandlungsfälle aufweisen. Aber auch kleinere Krankenhäuser haben gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine sehr wichtige Versorgungsfunktion und müssen in die Lage versetzt werden, die Sicherheit ihrer IT und damit auch der Patientendaten gewährleisten zu können. Die Ausweitung des Strukturfonds sollte mit einer Aufstockung der im Rahmen des Strukturfonds zur Verfügung stehenden Mittel einhergehen. Der Vorschlag wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Runden Tisches unterstützt.

Dieses gemeinsame Anliegen des Runden Tisches wurde am 21. August 2019 Herrn Bundesgesundheitsminister Spahn schriftlich übermittelt und er im Sinne der Patientensicherheit um prioritäre Umsetzung des Vorschlags gebeten. Zudem wurde er gebeten, im Rahmen eines Sofortprogramms auch Vorschläge zur besseren Berücksichtigung von Kosten für die IT-Sicherheit und entsprechendem Fachpersonal im Bereich der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser zu prüfen.

Nicht alle Aspekte konnte der Runde Tisch am 14. August 2019 abschließend diskutieren, so dass eine mit Expertinnen und Experten besetzte Projektgruppe eingesetzt wurde, die bis zum Ende des Jahres 2019 Vorschläge für ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der IT-Sicherheit in den Krankenhäusern vorlegen soll. Diese wird bereits im September 2019 erstmalig tagen, nachdem alle maßgeblich Beteiligten des Runden Tisches ihre Mitwirkung zugesagt hatten.

Für die Landesregierung stehen Patientenschutz und Patientensicherheit einschließlich der Sicherheit ihrer Daten an erster Stelle. Auch wenn der aktuelle Cyberangriff letztlich glimpflich ausgegangen ist, zeigt er doch die generelle Verwundbarkeit von Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, gerade auch im Gesundheitswesen, auf. Ziel der Landesregierung ist es daher, dass die Krankenhäuser und damit auch die Patientinnen und Patienten bestmöglich geschützt sind - deshalb die schnelle Einladung zum Runden Tisch, deshalb die rasche Einrichtung der Expertengruppe und deshalb der an den Bundesgesundheitsminister gerichtete und bereits übersandte Handlungsvorschlag.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler